

IDEEN GERECHTIGKEIT & VERANTWORTUNG

**Etatrede
Dr. Stefan Fulst-Blei
Vorsitzender der
SPD-Gemeinderatsfraktion
Doppelhaushalt 2010/11**

Mannheim, 2.2.2010

Ideen, Gerechtigkeit und Verantwortung

Für eine dynamische, soziale und nachhaltige Stadtentwicklung!

Etatrede des Vorsitzenden der
SPD-Gemeinderatsfraktion
Dr. Stefan Füst-Blei zum Doppelhaushalt 2010/11
MANNHEIM, 2. Februar 2010

WWW.IN-MANNHEIM-SPD.DE

Inhaltsverzeichnis

I. Unverschuldet in die Krise

1. Die Ausgangssituation bis 2008
2. Die Krise und ihre Auswirkungen
3. Schwarz-gelbe Fehler in Berlin

II. Handlungszwänge in MANNHEIM

III. Ideen, Gerechtigkeit und Verantwortung

1. Vorbildlicher Bildungsstandort: Kinder, Jugend, Bildung
2. MANNHEIMs wirtschaftliche Dynamik stärken
3. Kultur-Raum MANNHEIM
4. Offene und soziale Bürgerstadt
5. Bunte Stadt
6. Aktive Stadt an den Flüssen
7. Zusammenleben in der solidarischen Bürgergesellschaft

IV. Neue Sachlichkeit: Offenheit zum konstruktiven Dialog und Verantwortung auf breiter Basis

V. Zusammenfassung und Dank

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister,
sehr geehrte Frau und Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
liebe MANNHEIMERinnen und MANNHEIMER sowie
liebe Gäste heute hier im Gemeinderat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Gravierender kann ein Umschwung nicht sein“. „Die Situation ist vergleichbar mit einem Flugzeug, dem man mitten im Steilflug die Treibstoffzufuhr abdreht.“ Diese Zitate aus den Haushaltsreden des Oberbürgermeisters und des Kämmerers zeigen auf, in welcher Extremsituation sich die Städte und Gemeinden im Allgemeinen und MANNHEIM im Besonderen befinden. Entsprechend groß sind die Herausforderungen für die Kommunalpolitik. Konnten wir in MANNHEIM in den letzten Haushaltsberatungen erstmals seit langer Zeit aufgrund positiver finanzieller Entwicklung einen deutlichen Schuldenabbau einleiten und wichtige Impulse für die Entwicklung unserer Stadt setzen, so sind wir nun mit dem größten Steuereinbruch der Nachkriegszeit konfrontiert. Ärgerlich ist, dass eine fehlgeleitete Steuerpolitik der schwarz-gelben Koalition auf Bundesebene diese finanzielle Krise der deutschen Kommunen noch verschärft.

Zu Beginn der letzten Haushaltsberatungen habe ich noch gemahnt, dass „Füllhorn-Politik“ nicht das Ziel sein kann. Diesmal muss ich ausdrücklich davor warnen, auf die Krisensituation mit pauschalen „Rasenmäherkürzungen“ oder einer „Privatisierungssorgie“ reagieren zu wollen. So schnell ändern sich die Zeiten. Lassen Sie es mich klar formulieren: Die SPD in MANNHEIM steht zu ihrer Wahlaussage. Wir werden keinem Verkauf von GBG oder Klinikum zustimmen. Dies gilt auch mit Blick auf eine Veräußerung weiterer Anteile der MVV Energie AG zur kurzfristigen Verbesserung der Einnahmen und zur Stabilisierung der Haushaltslage. Wir wollen über diese wichtigen Instrumente auch weiterhin Einfluss auf die kommunale Daseinvorsorge nehmen: für eine zeitgemäße Wohnungsversorgung, für eine optimale Krankenversorgung und für eine moderne energetische Stadtentwicklung. Wer jetzt von Privatisierung spricht, untergräbt die solidarische Gestaltungsfähigkeit der Kommune und betreibt Klientelpolitik. Abgesehen davon würde ein Verkauf weiterer Anteile der MVV

Energie AG die Haushaltslage kaum entschärfen, da sich die Einnahmesituation der Stadt MANNHEIM verschlechtert, weil die Dividendenerlöse zurückgehen. Stattdessen wären aber zahlreiche Arbeitsplätze in MANNHEIM in Gefahr.

Noch eine zweite Wahlaussage ist für uns Orientierungsmaßstab: Gerade in der Krise setzen wir auf einen weiteren Ausbau der Bereiche Kinder, Jugend, Bildung. Wir wol-

len in diesen schwierigen Zeiten die Zukunft gestalten. Deshalb wird es auch innerhalb dieses Bereichs zu Umstrukturierungen und zur Realisierung von Synergieeffekten kommen müssen, um MANNHEIM zum Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland zu machen. Trotz dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation lassen wir unsere Hauptziele nicht aus den Augen.

I. Unverschuldet in die Krise

1. Die Ausgangssituation 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,
die deutsch-amerikanische Philosophin Hannah Arendt hat einmal geschrieben, „Im Mittelpunkt aller Politik steht die Sorge um die Welt“. Hannah Arendt hat damit nichts weniger als die Selbstverantwortung des Bürgers und die Verantwortung der politischen Repräsentanten für ihre Kommune und für das Zusammenleben aller Menschen eingefordert.

Wie sehr die Welt der Kommune und die Welt-politik ineinander verschmolzen sind, zeigt die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise. Wer nicht blind durch die Welt geht, fragt nach den Möglichkeiten, gutes Zusammenleben in Zeiten der Krise zu gestalten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu verlieren. Wir brauchen also einen Blick auf die Gegenwart, um uns über die notwendigen Schritte zur Gestaltung der Zukunft unserer Kommune zu verständigen.

Wie war die Ausgangssituation vor der Krise?
Die deutsche Volkswirtschaft präsentierte sich im Jahresgutachten 2007/08 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „weiterhin in einer guten Verfassung“. Laut Sachverständigenrat war dies nicht nur „das Ergebnis einer kräftigen konjunkturellen Erholung, sondern auch eine Folge tief greifender und viele Bereiche umfassender Anpassungsprozesse an den gestiegenen Wettbewerbsdruck auf den globalen Güter- und Finanzmärkten. Die Politik hat mit zum Teil sehr weitreichenden Reformen auf den Feldern der Besteuerung, des Arbeitsmarkts und der Sozialen Sicherung zum wirtschaftlichen Comeback Deutschlands beigetragen.“

Zwei Jahre später sieht die Situation grundlegend anders aus. Der Sachverständigenrat hat die Politik in seinem Jahresgutachten 2009/2010 angesichts des „dramatischen Einbruchs der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009“ und der leichten Konjunkturbelastung zu vorausschauendem Handeln aufgefordert: „Zur Sicherung der Zukunftsperspektiven der deutschen Volkswirtschaft muss die Wirtschaftspolitik die Weichen zielführender stellen, insbesondere im Hinblick auf die Abwä-

gung zwischen Sanierung der Staatsfinanzen, Steuererleichterungen und Zukunftsinvestitionen.“ Mahnende Worte an die Berliner Regierung.

2. Die Krise und ihre Auswirkungen

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bundesrepublik erlebt derzeit die stärkste Rezession der Nachkriegszeit. Laut Statistischem Bundesamt ist das Bruttoinlandsprodukt um 5 Prozent zurückgegangen – so stark wie noch nie. Der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts war im Jahr 2009 vor allem durch die starken Rückgänge in den exportabhängigen Wirtschaftsbereichen geprägt. Hier war die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 16,9 Prozent niedriger als im Vorjahr. Einmal mehr zeigt sich die starke Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom internationalen Wettbewerb. Der Wirtschaftseinbruch lässt sich genauso deutlich am Rückgang der Investitionsdynamik darstellen. 2009 wurden 12,5 Prozent weniger investiert als noch im Jahr 2008.

Erstaunlich ist, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Inland insgesamt relativ stabil blieb, auch wenn es in einzelnen Wirtschaftsbereichen bereits zu einem deutlichen Personalabbau kam. Dies lässt sich nicht zuletzt damit erklären, dass sich die Konsumausgaben 2009 positiv entwickelten: Die privaten Konsumausgaben stiegen um 0,4 Prozent, die staatlichen sogar um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mitverantwortlich für diese Entwicklung sind die privaten Kraftfahrzeugkäufe, die durch die sogenannte Abwrackprämie kräftig gestiegen waren.

Angesichts der Dramatik der jetzigen Situation frage ich Sie: Wo stünden wir ohne die Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Regierungskoalition? Wo stünden wir ohne die Fortführung der Reformen und die Rettungsmaßnahmen der Großen Koalition? Die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen unter Hans Eichel und die reaktionsschnelle Antwort auf die Krise durch Peer Steinbrück haben vorerst eine nachhaltige Schädigung des Wirtschaftsstandorts Deutschland verhindert.

Ich darf Sie erinnern: Vor zwei Jahren stand unser Finanzsystem vor dem Super-Gau. Der Zusammenbruch der Hypo Real Estate (HRE) hätte ohne staatliche Rettungsaktion zu einer „Kernschmelze“ des gesamten Kreditsystems geführt. Die Folgewirkungen für andere Kreditinstitute, Versorgungswerke, Berufsgenossenschaften, Bundesländer und zahlreiche Kommunen, die alle bei der HRE engagiert waren, wären katastrophal gewesen. Heute diskutieren wir für die HRE die Schaffung einer „Bad Bank“, in die 210 Mrd. Euro „fauler Kredite“ fließen sollen. Was könnte mit diesem Geld alles gemacht werden?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nicht nur systemischen Charakter. Die Krise weist auch auf das Versagen der Wirtschafts- und Finanzeliten hin. Zu viele haben sich auf Kosten der Bevölkerung bereichert und durch ihr Missmanagement die deutsche Volkswirtschaft nachhaltig geschädigt. Sie haben damit nicht nur die Arbeit von erfolgreichen und rechtschaffenen Unternehmern und Finanzdienstleistern diskre-

ditiert, sondern gleichzeitig unser System der sozialen Marktwirtschaft und des korporativen Interessenausgleichs zwischen Arbeit und Kapital bedroht. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag über Prinzipien und Werte nachhaltigen Wirtschaftens.

Wie wichtig ein gesellschaftlicher Grundkonsens ist, haben wir in der Krise gesehen. Wo wären wir ohne das „deutsche Modell“ der Mitbestimmung und des organisierten Interessenausgleiches? Wo ständen heute MANNHEIMER Arbeitnehmer und Unternehmen ohne die Einführung des Kurzarbeitergeldes durch den ehemaligen Arbeitsminister Olaf Scholz? Gerade die Gewerkschaften haben sich in der derzeitigen Krise als Stabilitätsgaranten unserer Gesellschaft erwiesen. Deshalb sei an dieser Stelle den Vertretern der Gewerkschaften und den sozial verantwortlich handelnden Unternehmern Dank ausgesprochen.

Die Krise hat aber gleichzeitig gezeigt, dass Politik verantwortlich handeln kann. Mit Blick auf die Rettung der Banken erinnern wir uns an

die Verabschiedung des Konjunkturpakets I. Auch im Konjunkturpaket II zeigte sich die damalige Große Koalition handlungsfähig. Alleine MANNHEIM erhielt vom Konjunkturprogramm II im Rahmen der Bildungsinfrastrukturpauschale Zuschüsse in Höhe von 13,9 Millionen Euro. Gleichzeitig hat MANNHEIM durch seine Ko-Finanzierung der Konjunkturmaßnahmen einen wichtigen Beitrag zur Krisenbewältigung und zur Stärkung des örtlichen Handwerks und Unternehmertums geleistet. Bund und Kommune haben sich solidarisch gezeigt.

Die dramatischen kommunalpolitischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zeigen eins: Wir brauchen eine strengere Marktordnung und bessere Regulierung der Finanz- und Vermögenmärkte! Hier sind alle Parteien gefragt.

3. Schwarz-gelbe Fehler in Berlin

Vorab: Ich habe vor meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat viel Respekt – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Gleichwohl verfolge ich die Entwicklung in Berlin mit Unverständnis und großer Sorge. Die Rückwir-

kung der Regierungsentscheidungen auf die Kommune ist noch gar nicht absehbar, denn in der jetzigen Situation brauchen wir nicht nur eine Standortsicherung für Unternehmen, sondern eine Standortsicherung für die Kommunen. Betrachtet man jedoch die Auswirkungen der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarungen, wird den Verantwortlichen vor Ort schwindelig. Die deutschen Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand. Sie erwarten einen Fehlbetrag von zwölf Milliarden Euro – jährlich. Die Steuereinnahmen der Kommunen sind in der Höhe von 13 Prozent weggebrochen, die Gewerbesteuer sogar um mehr als 20 Prozent. Es geht um nichts weniger, als um die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung.

Was macht Schwarz-Gelb in Berlin? Die Regierung hat die Krise der Kommunen durch das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ und den Abfluss massiver Steuermittel zusätzlich verschärft. Die prognostizierten Steuerausfälle von rund 8,4 Milliarden Euro müssen - neben dem Bund - auch von Ländern

und Kommunen getragen werden. Die Länderhaushalte belastet das mit bis zu 2,3 Milliarden Euro, die der Kommunen mit bis zu 1,6 Milliarden Euro. Der Deutsche Städtetag hat das Wachstumsbeschleunigungsgesetz stark kritisiert: „Die Finanzlage vieler Städte ist so dramatisch, dass sie keine weiteren Steuerausfälle durch neue Bundesgesetze verkraften können“ (10/09). Am allerwenigsten wohl verstehen die Menschen die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen.

Darüber hinaus stellt die Regierung die Gewerbesteuer komplett in Frage. Eine „Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung“ soll den „Ersatz der Gewerbesteuer“ prüfen. Doch zum jetzigen Zeitpunkt bräuchten wir keine Infragestellung der Gewerbesteuer und keine zusätzliche Belastung der Kommunen durch den Abfluss von Steuermitteln, sondern eine Senkung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder.

Zudem ist der bis 2013 verlangte Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz aufgrund der abfließenden Steuermittel kaum noch realisierbar. Viele Kommunen haben das Ziel bereits aufgegeben und fürchten zahlreiche Klagen frustrierter Eltern. Aber die SPD wird in MANNHEIM alles daran setzen, dass wir die Quote von 35 Prozent trotz der bundespolitischen Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kommunen erreichen. Hier unterstützen wir ausdrücklich die Politik unseres Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz.

Mit gleicher Sorge betrachten wir die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales am 3. Dezember 2009 vorgestellten Eckpunkte zur „Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II – Getrennte Aufgabenwahrnehmung – Entfristung der bestehenden Optionskommunen“. Diese Eckpunkte führen letztlich zur Zerschlagung der gemeinsamen Arbeit von Kommunen und Agenturen für Arbeit. Die Kommune hat keinen Einfluss mehr auf Beschäftigungsprogramme. Zudem führt der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag aufgrund von Transferzahlun-

gen und Verwaltungskosten zu massiven Mehrausgaben in zweistelliger Millionenhöhe für die Kommunen: zwei Anträge, zwei Bescheide, zwei Zahlungen, zwei EDV-Systeme, doppelte Aktenführung, doppelte Widerspruchsbearbeitung und doppelte Unterhaltsprüfungen – der Sinn dieser Maßnahme ist nicht erkennbar! Wie sollen wir unsere Projekte wie Junges Mannheim, das die Arbeitslosigkeit

auf ein Minimum reduziert hat, weiterführen? Wie sollen wir die Programme für Langzeitarbeitslose 50plus fortsetzen? Frau von der Leyen greift hier tief in unsere funktionierenden kommunalpolitischen Programme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Entschuldigen Sie die deutlichen Worte, aber dies ist ein ordnungspolitischer Wahnsinn!

II. Handlungszwänge in MANNHEIM

Die Schockwellen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die Kommunen erreicht. Es sollte Konsens im MANNHEIMER Gemeinderat sein, dass die Kommune diese gewaltige Herausforderung nicht mit dem bekannten finanzpolitischen Instrumentarium bewältigen kann. Die Einnahmeausfälle der Kommune sind, wie die Zahlen des Kämmers deutlich machen, zwangsläufig mit Mehrausgaben für die Kommune verbunden. Die Stadt MANNHEIM muss eine Verschlechterung der Finanzplanung von 354 Mio. Euro hinnehmen. Die finanziellen Folgen der Umstellung der kommunalen Haushaltsrechnung auf eine betriebswirtschaftliche Buchführung sind übrigens dabei noch nicht berücksichtigt.

Der Oberbürgermeister und die Verwaltung haben einen Vier-Jahresplan zur Konsolidierung des Haushalts vorgelegt. Dieser Plan ist ein Zeichen von kommunalpolitischer Zuversicht, dass MANNHEIM die Krise durch eine geschickte Strukturreform bewältigen kann.

Die erste Komponente der Finanzstrategie umfasst die Investitionen: Für Fortsetzungsmaßnahmen sind 2010 – 97 Mio. Euro eingestellt. Diese Mittel betragen 2011 63 Mio. Euro. Für neue Maßnahmen sind 2010 – 15 Mio. Euro anvisiert, die 2011 bei 33 Mio. Euro liegen.

Insgesamt soll die Haushaltsverschlechterung zu einem Drittel über Neuverschuldung, zu einem Drittel über Rücklageentnahme und Einsatz von Vermögen und zu einem weiteren Drittel über Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen aufgefangen werden.

Am Anfang des Vier-Jahres-Planes sieht die Verwaltung eine Neuverschuldung, eine Rücklageentnahme und den Einsatz von Vermögen vor. Wir halten diese Strategie für richtig. Wir brauchen aber eine Beteiligung der langfristig von Einsparungen betroffenen Gruppen in der Verwaltung und in der Stadtgesellschaft.

Das vorliegende Haushaltsstrukturprogramm muss gemeinsam mit den Fachbereichen abgestimmt und auf das Einsparungspotential hin betrachtet werden. Wir bestehen auf einer aktiven Beteiligung der Mitarbeiter und Personal-

räte, gerade weil das Haushaltstrukturprogramm mit der Beschlussfassung über den Haushalt 2010/2011 und die Finanzplanung 2012/2013 untrennbarer Bestandteil der künftigen Haushalts- und Finanzplanung wird und weil die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes in wesentlichem Umfang von der Annahme und Realisierung dieses Programms abhängt.

Folgt man den Ausführungen des Kämmers, sieht die Verwaltung zum derzeitigen Zeitpunkt eine Einnahmeverbesserung der Kommune durch eine Grundsteuererhöhung vor. Die Hoffnung, der Bund werde in dieser Situation einer Senkung der Gewerbesteuerumlage zustimmen, ist angesichts der derzeitigen kommunalpolitischen Strategie der schwarz-gelben Regierung unbegründet.

Neben der Stärkung der Einnahmen bleibt die wichtigste Aufgabe der Gemeinde, die Ausgabenseite durch die im Haushaltsstrukturprogramm angegebenen Einsparungs-

maßnahmen zu stabilisieren, durch den Einsatz städtischen Vermögens zur Haushaltskonsolidierung beizutragen und durch Verschuldung die akuten Folgen der Steuermindereinnahmen abzuschwächen.

Sparen alleine wird also nicht helfen. Wir brauchen klare strategische Ziele und neue Kriterien zur langfristigen Sicherstellung unserer Selbstverwaltungsaufgaben. Wer also nach Einsparpotentialen in unserer Stadt sucht, um die derzeitige Haushaltsmisere zu bewältigen, wird an anderen Stellen schauen müssen. Die Ausgaben der Stadt MANNHEIM bestehen zu 83 Prozent aus Pflichtausgaben und nur zu 17 Prozent aus Ausgaben für freiwillige Aufgaben. Wir haben für alle Aufgaben, Zuschüsse und Leistungen in Zukunft Wirkungsziele zu definieren, weil wir innerhalb des städtischen Leistungsspektrums effektiver und effizienter werden müssen. Es geht also nicht nur um die Art der Leistung, sondern um ihre Wirkung.

Kommen wir zu unserem Ausgangspunkt zurück: Die finanzielle Ausgangslage ist prekär. Wer in der jetzigen Situation nicht versucht, zukünftige wirtschaftliche Entwicklungstrends

und gesellschaftliche Veränderungsprozesse vorweg zu nehmen, flüchtet vor der Verantwortung. In MANNHEIM haben wir gehandelt! Wir haben uns bereits vor einiger Zeit auf den Weg einer zukunftsgerichteten

Planung gemacht. Wir haben uns als Gemeinderat gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz auf sieben strategische Leitziele geeinigt. Lassen Sie uns diesen Kurs halten

III. Ideen, Gerechtigkeit und Verantwortung

1. Vorbildlicher Bildungsstandort: Kinder – Jugend – Bildung

Strategische Ziele: Bildungserfolg der in MANNHEIM lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen

„MANNHEIM ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.“

Vor zwei Jahren habe ich an dieser Stelle im Namen der SPD-Gemeinderatsfraktion einen Paradigmenwechsel der städtischen Bildungspolitik gefordert. Wir haben „Bildung“ neu definiert. Bildung ist für uns der zentrale Lösungsansatz für zahlreiche Problemstellungen in unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist klar: „Kein junger Mensch darf ohne Abschluss bleiben!“ Der Haushaltsentwurf hat an dieser Stelle eine ganz klare Linie, weil der Oberbürgermeister hier, trotz der immensen finanziellen Herausforderungen, nicht den Rotstift angesetzt hat. Der Ansatz für die Investitionen in den Schulneubau und die Schulsanierung bleibt mit 87 Mio. Euro unverändert -eine beachtliche Leistung, welche unsere volle Unterstützung findet. Diese Investition ist auch eine wichtige konjunkturelle Stütze für lokale Handwerksbetriebe. Leider können wir damit nicht alle „Baustellen“ im gewünschten

Tempo abarbeiten. Dies gilt für die Maßnahmen am Peter-Petersen-Gymnasium auf der Schönau oder an der Humboldtschule in der Neckarstadt. Wir suchen nach Lösungen. Bitte haben Sie in Anbetracht der finanziellen Einschränkungen Verständnis, wenn wir nicht umgehend handeln können. Wir werden die Verwaltung bitten zu prüfen, inwiefern ein weiteres Sonderprogramm – vergleichbar dem PPP-Modell – zur Beschleunigung der Schulsanierungsmaßnahmen möglich ist. Wir halten weiter am Ausbauprogramm der Ganztagschulen in MANNHEIM fest. Das ist eine finanzielle Herkulesaufgabe, aber eine notwendige Zukunftsinvestition. Neben diesem Investitionsprogramm hat die SPD-Gemeinderatsfraktion vor zwei Jahren einen inhaltlichen Beitrag zur Bewältigung der Bildungskrise an unseren Schulen geleistet, der heute bereits überregional Nachahmung und bundesweit Beachtung findet. Ich darf mich heute noch einmal bei Ihnen im Gemeinderat bedanken, dass Sie mit uns das „MANNHEIMER Unterstützungssystem Schule“ (MAUS) auf den Weg gebracht haben. 10.000 Unterrichtsstunden finanzieren wir als Stadt MANN-

HEIM jedes Jahr für acht ausgewählte Schulen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion besuchte im Herbst die acht MAUS-Schulen. Glauben Sie mir, es bereitet viel Freude zu sehen, wie die Schulen die Hilfe kreativ und mit vielen Ideen zur Förderung benachteiligter Schüler einsetzen. Vielen Dank für das vielfältige Engagement nicht nur an die Lehrerinnen und Lehrer, sondern gerade auch an die Kolleginnen und Kollegen der Abendakademie, der Musikschule, der Stadtbücherei und des Fachbereichs Bildung. Sie leisten eine hervorragende Arbeit! Wir sind auf einem guten Weg und erwarten voller Interesse die anstehenden Evaluationen des Programms.

Zur Weiterentwicklung von MAUS haben wir im Dezember eine Fachtagung mit über einhundert Gästen veranstaltet. Wir haben viele Erfahrungen ausgetauscht und mit der Hochschule MANNHEIM über eine weitere inhaltliche Ausgestaltung des Programms diskutiert. Die SPD hatte für diesen Haushalt eine deutliche Ausweitung gefordert; doch angesichts der Finanzlage streben wir

eine moderate Erweiterung von zusätzlichen Angeboten an. Wir schlagen Ihnen die Aufnahme einer Förderschule ins MAUS-Programm vor. Lassen Sie uns überlegen, ob das Angebot geeignet ist, um schmerzhaft Übergänge an der Sickingerschule und der Theodor-Heuss-Schule zu flankieren. Prinzipiell unterstützen wir die Vorschläge des Oberbürgermeisters zur Schließung der beiden Häuser. Als Bildungspolitiker und Lehrer fällt es mir schwer, eine Schule ohne vorherige inhaltliche Diskussion zu schließen. Doch vor dem Hintergrund der finanziellen Lage, der demographischen Entwicklung der Schülerzahlen, des finanziellen Drucks und des städtebaulichen Entwicklungspotentials sind die Vorschläge überzeugend. Wir dürfen aber die Kinder, die Eltern und die Lehrer auf diesem schwierigen Weg nicht alleine lassen. Die Verwaltung ist in der Pflicht und die Politik im Wort, diese Übergänge so verträglich wie möglich zu gestalten. Deshalb wollen wir Schulen, die im Rahmen der Umgestaltung der zukünftigen Schullandschaft in MANNHEIM zusammengelegt werden, durch eine Aufnahme in MAUS sowie eine Schulsozialarbeiterstelle (sofern nicht bereits vorhanden) unterstützen. Ich nehme aber die Warnung von Herrn Schneider,

dem Rektor der Sickingerschule, sehr ernst, der vor den sozialen Folgen der Schulschließung im betroffenen Quartier warnte. Hier müssen wir auf die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer zugehen und Gesprächsangebote machen. Aus den gleichen Gründen werden wir auch den Werkrealschulprozess weiterhin kritisch begleiten. Wir werden auch verstärkt auf das Land einwirken, um die Folgen des bildungspolitischen Super-GAU „G 8“ abzufedern. Bitte glauben Sie mir, die große bildungspolitische Katastrophe findet zurzeit an den Gymnasien statt: Ende der Kindheit mit zehn Jahren, kein Wochenende ohne Lernen und eine knallharte soziale Auslese, die sich über den Geldbeutel der Eltern entscheidet. Alleine im Bereich „Nachhilfe“ werden heute 1,5 Milliarden Euro jährlich umgesetzt. Hier könnte MAUS ein sozialpolitisches Korrektiv sein. Unsere Erfahrungen mit dem Elisabethgymnasium haben gezeigt, dass das Unterstützungssystem an vielen Punkten zur Entlastung der Schüler und Lehrer beitragen kann. Deshalb wollen

wir ein weiteres Gymnasium und eine weitere Realschule zu den oben vorgeschlagenen Schulen aufnehmen.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion arbeitet derzeit an einer weiteren inhaltlichen Ausgestaltung von MAUS. Auch erwarten wir noch entsprechende Vorschläge seitens der Verwaltung und streben den Aufbau eines Referentenpools an. Lassen Sie uns die Potentiale, die MAUS bietet, gemeinsam nutzen.

Wir dürfen aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Berufsschulen aus dem Blick verlieren, wie das die Landesregierung getan hat. Wie sonst ist es erklärbar, dass das international hoch gelobte System der dualen Ausbildung im Bereich der Schulen schon seit Jahren mit einer völlig unzureichenden Lehrerversorgung fertig werden muss. Der veränderte Arbeitsmarkt und neue Berufsbilder werfen nach wie vor die dringende Frage nach einer Berufsschulkonzeption für Mannheim auf. Dabei geht es nicht nur um die Räume für die Schulen, sondern vielmehr um das Ausbildungspotential in unserer Stadt und die faire Lastenteilung in der Metropolregion.

Unsere Kampagne zur Kommunalwahl war ungewöhnlich. Wir hatten klar gemacht: „Trotz Krise: keine Kürzung Kinder – Jugend – Bildung!“ Natürlich können wir nicht alle Belastungen abwehren. Dazu ist die Haushaltslage einfach zu dramatisch. Gleichwohl wird die SPD-Gemeinderatsfraktion einem unverhältnismäßig hohen Anstieg der Kinderbetreuungsgebühren nicht zustimmen. Wir korrigieren letztlich die sozialpolitischen Fehler unserer früheren konservativen Ratsmehrheit. Lassen Sie uns zurückkehren zu einem Beitragssystem, orientiert am Einkommen der Familien. Warum soll eine Friseurin den gleichen Beitrag zahlen wie jemand in meiner Einkommensgruppe? Die CDU weist aktuell darauf hin, dass die Stadt ohnehin für die 20 Prozent der Ärmsten der Stadt die Beiträge übernimmt. Aber das Problem, dass Familien zu wenig Einkommen haben, zeigt sich nicht erst bei Einkommen, bei denen das SGB II greift. Es haben gerade diejenigen zu kämpfen, die knapp über dieser Bemessungsgrenze lie-

gen. Wir wollen die solidarische Mitte mobilisieren, um den Schwachen zu helfen! - kein Gießkannenprinzip, kein Verteilen von knappen Mitteln an jene, die sich einen angemessenen Kinderbetreuungsbeitrag auch so leisten können. Erlauben Sie mir diese persönliche Anmerkung: Niemand in meinem Freundeskreis hat damals verstanden, warum Menschen mit hohem Einkommen mit dem Betreuungsgutschein eine Ermäßigung von 35 Euro für einen Kindergartenplatz und von 50 Euro für einen Krippenplatz erhalten sollen. Die Gebühren für den Kindergarten erschienen uns hingegen allen als angemessen. Wir sollten über den Gesamtzusammenhang dieses Systems nachdenken und zurückkehren zu einem sozial ausgewogenen Beitragsatz.

Langfristig bleibt unser Ziel die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuungseinrichtungen, wie es in Rheinland-Pfalz bereits seit langer Zeit realisiert ist. Wir müssen aber eingestehen, dass dies zurzeit nicht finanzierbar ist, da uns weder das Land noch der Bund ausreichend unterstützen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion wird daher eine Resolution in die Haushaltsberatungen einbringen, um das Land und den Bund aufzufordern, die Kommunen mit

entsprechenden Mitteln auszustatten. Die Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob „Kinderland Baden-Württemberg“ mehr ist, als nur ein netter Werbeslogan. In MANNHEIM unterstützen wir die Linie des Oberbürgermeisters und unserer Bürgermeisterin Gabriele Warminski-Leitheußer, trotz der finanziellen Einschränkungen an den Zielen des Krippenausbauprogramms festzuhalten. Die Schaffung von 41 neuen Kinderkrippengruppen ist eine Mammutaufgabe. Ich würde mir übrigens wünschen, dass wir alle im Haus nicht nur dem Krippenausbauprogramm Beifall spenden, sondern auch die damit verbundenen qualifizierten Einstellungen begrüßen. Ferner wollen wir die Förderkultur in den Kindertageseinrichtungen weiter stärken. Kindergärten und -krippen sind frühkindliche Bildungseinrichtungen, die für den späteren schulischen Erfolg von erheblicher Bedeutung sind. Deshalb wollen wir die Qualitätsentwicklung und die Sprachförderung in Kindertageseinrichtun-

gen sichern und die Eltern-Kind-Zentren weiter ausbauen.

Auch an einer weiteren Stelle halten wir uns an unsere Zusage „Keine Kürzung Kinder – Jugend – Bildung!“ Die SPD-Gemeinderatsfraktion lehnt den Vorschlag der Verwaltung ab, die Jugendhäuser in Jugendtreffs umzuwandeln. Die Jugendarbeit in MANNHEIM übernimmt eine wichtige bildungspolitische Funktion und trägt als notwendiger Baustein zur Entwicklung junger Menschen bei – und dies alles auf der Grundlage hoher Qualitätsstandards. Die MANNHEIMER Jugendhäuser erreichen mit ihren Angeboten viele Kinder und Jugendliche, und gerade auch sozial schwächer gestellte Gruppen unserer Gesellschaft finden hier eine Anlaufstelle und ein Angebotsforum. Eine Umwandlung der Jugendhäuser in Jugendtreffs würde eine Reduzierung der pädagogisch betreuten Öffnungszeiten sowie eine starke Verringerung der Angebotspalette bedeuten. Auch die praktizierte Zusammenarbeit der Jugendeinrichtungen und Schulen, die gerade im Hinblick auf die Entwicklungen der Ganztagschule eine immer wichtigere Aufgabe darstellt, wäre in der bisherigen Form nicht mehr möglich. Diese Konsequenzen können und wollen wir nicht

mittragen. Jugendliche brauchen gerade in Krisenzeiten einen Anlaufpunkt. Aber zusammen mit unseren bildungspolitischen Zielen heißt das für uns, dass wir die Leistungen für Jugendliche und Kinder ausweiten! Das erfolgt auch in diesem Haushalt. Wir schließen nicht aus, dass bisherige Strukturen durch andere wirkungsvollere Angebote und Strukturen ersetzt werden. Dieser Debatte stellen wir uns. Es dürfen aber keine unverzichtbaren Angebote in diesem Prozess gestrichen werden. Wir können noch nicht absehen, inwiefern die Krise auf den Ausbildungsmarkt durchschlagen wird. Wenn das passiert, dann müssen wir schnell reagieren können, z. B. durch ein städtisches Sonderprogramm „Ausbildung“. Erste Auswirkungen zeigen sich bereits bei der Übernahme von Auszubildenden. Diese jungen Menschen brauchen einen Halt. Den finden sie auch in den Jugendhäusern. Dies schließt nicht aus, dass sich die Jugendhäuser einer konzeptionellen Diskussion stellen müssen. Aufgrund dieser Überlegungen halten wir weiter

an dem Ziel fest, in Wallstadt einen Jugendtreff zu realisieren. Hierzu sollen zügig die planerischen und baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir sind in Anbetracht der Diskussion vor Ort bereit, die Mittel für die Realisierung des Jugendtreffs Wallstadt um zwei, maximal um vier Jahre zu schieben. Bis dahin aber verlangen wir die Aufrechterhaltung der offenen Jugendarbeit im Stadtteil. Entsprechende Mittel wollen wir im Haushalt bereit stellen.

Meine Damen und Herren,
wir wollen den Familienpass sozial gestalten, jenseits plakativer und inhaltlich falscher Rhetorik. Wir schlagen Ihnen hierzu die Weiterentwicklung des Familienpasses zunächst zum „Familienpass Plus“ vor. Derzeit prüfen wir verschiedene Varianten der sozialen Ausgestaltung des Passes. Insbesondere Kindern aus finanziell schwachen Familien wollen wir eine breitere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Bausteine sind z.B. die Mobilität für alle 6-18-Jährigen in SGB II bzw. XII Bezug oder auch der freie Eintritt in Schwimmbäder. Hierzu werden wir einen abgestimmten Antrag einbringen

2. MANNHEIMs wirtschaftliche Dynamik stärken

Strategisches Ziel: Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern.

„MANNHEIM gewinnt überdurchschnittlich Unternehmen und Gründer/innen.“

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat MANNHEIM erreicht. Die Förderung von Wirtschaft und Arbeit ist für uns auf das Engste mit der Sicherung des Standorts MANNHEIM verbunden. Die Krise hat sich bereits auf den MANNHEIMER Arbeitsmarkt negativ ausgewirkt. In den nächsten Monaten ist mit weiteren negativen Auswirkungen zu rechnen. Gegenwärtig sind wir übrigens froh darüber, dass die Entscheidung über den Bau von Block 9 am GKM unsere Gewerbesteuererinnahmen stabilisiert hat.

Auch der MANNHEIMER Kraftwerksbauer ALSTOM profitiert von dieser Investition. Sicher ist jedoch, dass wir durch ein solidarisches Zusammenspiel von Wirtschaft und Arbeit die Krise meistern werden. Unser gemeinsames strategisches Ziel muss es bleiben, die Zahl der Unternehmen und qualifizierten Arbeitsplätze in MANNHEIM zu steigern. Wir wollen an die beeindruckenden Erfolge in der Verringerung der Arbeits-

losigkeit, die bis 2008 erreicht werden konnten, wieder anknüpfen.

Deshalb setzen wir vor dem Hintergrund der bekannten Konjunkturdaten auf die neue wirtschaftspolitische Strategie. Wir begrüßen eine rasche Umsetzung des Projektes und den Aufbau einer neuen Verwaltungsstruktur. Dringlich ist jedoch eine Verbesserung der Außendarstellung und der repräsentativen Vertretung des Wirtschaftsstandorts MANNHEIM. Ziel muss es sein, die Standortbedingungen für die Wachstumsbranchen Medizintechnik, Kreativwirtschaft, Energie und Produktionstechnik weiter zu optimieren. Die Einbeziehung des Fachwissens und der Kompetenzen aller wirtschaftlichen Akteure wie Gewerkschaften, Kammern und Betriebsräten ist bisher nicht gelungen. Die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Strategie bietet die Chance, Versäumtes nachzuholen.

Der Wirtschaftsstandort MANNHEIM hat sich, trotz Krise, in den letzten Jahren sehr gut entwickelt. Gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz und Lothar Quast haben wir maßgebliche Stadtentwicklungsprojekte auf den Weg gebracht. Wir haben den Industrie- und Dienstleis-

tungsstandort MANNHEIM durch einen breiten Ausbau der Kreativwirtschaft ergänzt und einen nachhaltigen Strukturwandel eingeleitet. Die Projekte „Popakademie“ und „Musikpark“ haben mittlerweile deutschlandweiten Vorbildcharakter. Diesen Standortvorteil werden wir durch die Bereitstellung von Fördermitteln absichern und durch das Kompetenzcluster „Musikwirtschaft“ erweitern. Bereits diese Wirtschaftsförderungsmaßnahme zeigt an, dass die Bewerbung MANNHEIMs zur Kulturhauptstadt 2020 weitaus mehr als ein Mega-Event ist. Sie ist ein Katalysator für eine nachhaltige und attraktive Wirtschafts- und soziale Stadtentwicklung.

In ihrer wirtschaftspolitischen Funktion hat die Stadt MANNHEIM in den letzten Jahren zudem unter der Regie von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz die Zahl der Auszubildenden Schritt für Schritt erhöht. Sie hat dadurch Verantwortung für die Zukunft der Jugendlichen übernommen. Gleichzeitig agiert die Stadt mit dieser Ausbildungsstrategie vorausschauend auf den kommenden

generationsbedingten Wechsel in der Verwaltung. Wir würden uns freuen, wenn diese Strategie des „Konzerns Stadt MANNHEIM“ eine Signalfunktion für die örtlichen Unternehmen hätte, Ausbildung trotz Krise zu fördern. Ein „Sonderprogramm Ausbildung“ behalten wir uns – wie gesagt – je nach Entwicklung des Ausbildungsmarktes vor. Dies gilt auch für ein mögliches Programm „Arbeit zwischen Markt und Staat“, welches wir konzeptionell aber bereits auf den Weg bringen wollen. Wir sind stolz darauf, in der Vergangenheit Entscheidungen mitgetragen zu haben, die heute auch jungen Menschen mit Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt eine Perspektive bieten. Hierzu gehören die Fortentwicklung der Stadtgärtnerei zu einem Zentrum für Ausbildung und Beschäftigungsförderung sowie der Beschluss zum Mensabetrieb an der IGMH. An der IGMH wird sich nicht nur die Qualität des Essens verbessern; dort werden nun auch drei Ausbildungsplätze eingerichtet und drei Arbeitsplätze geschaffen.

Einen weiteren Pflock hat der Gemeinderat mit dem Projekt MANNHEIM 21 eingeschlagen. Die SPD-Gemeinderatsfraktion sieht in diesem 65 Millionen Euro schweren Investitions- und Entwick-

lungsprojekt ein hochwertiges Wirtschaftsförderungsprojekt zur Erschließung eines neuen, urbanen Stadtquartiers, in dem Arbeiten, Wohnen und Leben eine Einheit bilden. Die bereits in den vergangenen Jahren realisierten Bauprojekte des VICTORIA-Turms im Norden und des MAFINEX-Technologiezentrums sowie des Lanz Car-rés im Süden haben gezeigt, dass die Stadt durch gezielte Fördermaßnahmen zur Realisierung von wichtigen Investorenprojekten beitragen kann. Die Kommune verweigert sich nicht einer aktiven Wirtschaftspolitik, sondern betrachtet Projekte wie MANNHEIM 21 als Chance, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts MANNHEIM in der Metropolregion Rhein-Neckar weiter zu erhöhen und in Zeiten der Wirtschaftskrise einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung unserer Kommune zu leisten. Bitte denken Sie daran, dass wir uns in einer Zeit des Umbruchs und des harten Wettbewerbs mit Städten wie Frankfurt und Stuttgart befinden. Beide sind nur dreißig ICE-Minuten von hier entfernt. Wir haben einen An-

schluss MANNHEIMs an das Fernbahnnetz realisiert, und Paris liegt mit dreieinhalb Stunden Fahrzeit neuerdings „direkt vor unserer Haustür“.

MANNHEIM 21 wirkt!

In diesem Sinne ist auch die Ausweisung des neuen Industriegebietes Friedrichsfeld-West als Verbesserung der MANNHEIMER Wettbewerbssituation zu verstehen. Der Aufbau eines neuen Logistikzentrums durch die Firma Dachser mit einem Investitionsvolumen von rund 40 Millionen Euro sichert 250 Arbeitsplätze und schafft 100 neue. Dass diese Ansiedlung gelingen konnte, ist auch der engen Abstimmung von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft zu verdanken. Generell brauchen wir rechtzeitig eine Vorstellung darüber, welche der freier werdenden US-Flächen in der Zukunft für Gewerbeansiedlungen genutzt werden sollen. Ich denke hier auch an die Flächen Vogelstang und Sandhofen.

Eine vordringliche Aufgabe der Stadt bleibt die Steigerung der Zahl der Existenzgründungen. Das Zuschussprogramm KREATECH erweitert das städtische Förderangebot für Kleinst- und Kleinunternehmen mit Technologieorientierung oder junge

Start-Ups aus der Kreativwirtschaft. Die Förderung von KREATECH schafft ebenso wie der Beteiligungsfond der Wirtschaftsförderung eine dringend notwendige Förderungsstruktur der Mikrofinanzierung, um Existenzgründung und die Realisierung von guten Ideen bei geringer Eigenkapitaldecke zu realisieren. Wir begrüßen daher die neue wirtschaftspolitische Strategie. Uns ist bewusst, dass aufgrund der Haushaltslage der Etatansatz von den einen als zu großzügig und von den anderen als zu gering diskutiert wird. Wir sollten aber noch vor den Haushaltsberatungen 2012/2013 den Fort-

gang des Projekts beleuchten und gegebenenfalls bei den finanziellen und personellen Ressourcen nachjustieren. Das Ergebnis des Projekts bestätigt uns im Nachhinein in der Position, eine bloße organisatorische Veränderung im Sinne einer Auslagerung der Wirtschaftsförderung in eine selbständige GmbH nicht mitzutragen. Wir brauchen in MANNHEIM nicht nur eine wegweisende Förderstruktur, sondern darüber hinaus eine enge Kooperation mit der Universität und der regionalen Hochschule zur Ausschöpfung des Innovationspotentials der Stadt MANNHEIM. Wir legen mit diesen Maßnahmen die Grundlage, um junge Talente in unsere Stadt zu bringen und zu halten.

3. Kultur-Raum MANNHEIM

Strategisches Ziel: Die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und Masterplan Kreativwirtschaft erfolgreich umsetzen.

„MANNHEIM ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.“

„MANNHEIM ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.“

Sehr geehrte Damen und Herren, wir befinden uns in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, die droht, zu einer gesellschaftlichen Krise zu werden. Die wachsenden Gegensätze zwischen Mittellosen und Begüterten, zwischen Gebildeten und Ungebildeten, zwischen welterfahrenen und vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossenen Bürgern führen zu einer Erosion der sozialen Bindekräfte unserer Gesellschaft.

Gerade in dieser Situation kommen Kunst und Kultur eine zentrale gemeinschafts- und persönlichkeitsbildende Funktion zu. Es geht um die Aneignung von Wissen und um die Schulung des Denkens, um die Einordnung der Veränderungsprozesse in unserer Welt und vor Ort in unserer Kommune. Diese Aufgabe hat die Sozialdemokratie seit ihrer Gründung verfolgt. Wir verstehen Kul-

turpolitik als Teil der Gesellschaftspolitik. Sie ist eine entscheidende Komponente für eine nachhaltige Kommunalpolitik. Kunst und Kultur schaffen einen geistigen „Mehrwert“ an Kreativität, Gerechtigkeit und Verantwortung in unserer Bürgerschaft. Mit anderen Worten „Kultur“ ist ein Schlüssel zu mehr Emanzipation und Selbständigkeit durch die Teilhabe des Einzelnen am kulturellen und gesellschaftlichen Geschehen.

Deshalb ist Kulturpolitik immer auch auf den kommunalen Kultur-Raum, auf die Lebens- und Arbeitswelt des Einzelnen bezogen. Hier werden Integrations- und Identifikationsprozesse realisiert, die zur Herausbildung einer lokalen Identität und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Die Politik hat die Funktion, diesen Kultur-Raum gerade in Zeiten der Krise erfahrbar, erlebbar und gestaltbar zu machen. Kulturpolitik entscheidet maßgeblich darüber, welche sinnstiftenden Angebote für ein gutes Zusammenleben bereitgestellt werden. Als Sozialdemokraten fragen wir deshalb nicht nach dem Gegensatz zwischen Hochkultur oder Populärkultur. Wir fragen, welchen Beitrag unsere Institutionen, Akademien, Festivals, Initiativen, Projekte und Aktionen zu diesem Integrations-

und Identifikationsprozess leisten können und wollen.

Die Politik kann die Grenzen des Kultur-Raums MANNHEIM nicht bestimmen. Die Politik kann inspirieren, anregen und fördern. Wir bestimmen durch unsere Ideen, Konzepte und strukturellen Überlegungen die Rahmenbedingungen für die kreative Ausgestaltung dieses Raums. Doch über die Beschaffenheit des Kultur-Raums MANNHEIM entscheiden die Bürgerschaft und die Kulturschaffenden.

Ich möchte Ihnen deshalb gerne in gebotener Kürze die Kernpunkte unserer kulturpolitischen Vorstellungen präsentieren:

Es gibt eine Vision für unsere Stadt: Diese Vision heißt „MANNHEIM europäische Kulturhauptstadt 2020“. Unser Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz hat diese Idee formuliert, und es spricht für unsere Stadt, dass sich in Windeseile zahlreiche Vorstellungen, Konzepte, Anregungen, Fragen, Hoffnungen und Sehnsüchte um diese Idee herum gebildet haben. Was die Idee der Kultur-

hauptstadt auslösen kann, erleben wir beinahe stündlich, wenn wir auf den Nachrichtenticker schauen und uns Bilder, Informationen und Berichte aus dem Ruhrgebiet und Istanbul erreichen. Europa schaut auf diese Städte. Gleichzeitig befinden sich diese Metropolen in einem gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozess. Denken Sie an die Veränderungen in Städten wie Graz und Linz. Beide Städte wiesen vergleichbare Stadtentwicklungsmerkmale auf wie MANNHEIM. Doch bereits der Bewerbungsprozess hatte aus diesen beiden Kommunen moderne Kreativwerkstätten gemacht, deren Ergebnisse bis heute nachwirken.

Auch in MANNHEIM hat die Idee „Kulturhauptstadt“ nach wenigen Monaten eine dynamische Kraft entwickelt und diesem Projekt eine Strahlkraft verliehen, die selbst die Initiatoren überrascht haben mag. Deshalb sehen wir in der Bewerbung auch eine Chance, unsere Stadt und die Bürgerschaft gestärkt aus der derzeitigen Krise zu führen. Die Bewerbung verstehen wir deshalb als ein nachhaltiges Stadtentwicklungskonzept. Es ist an uns, das Potential dieses Projektes zu entfalten, die zentralen Institutionen und Kreativwerkstätten in MANNHEIM einzubinden und dem Begriff der Kultur-

hauptstadt die nötige Breite zu geben, um durch die Einbeziehung von Sportstätten und Vereinen eine städtische Bewegung zu schaffen, die nicht nur „von oben“ durch die MANNHEIMER Kulturinstitutionen oder „von unten“ durch die „freischaffenden Künstler“ und Intellektuellen getragen wird, sondern die Stadt in ihrer Gesamtheit erfasst.

Das wird die vorrangige Aufgabe eines „Kulturhauptstadt Büros“ sein. Das Büro sollte unseres Erachtens nicht nur Ideen-Schmiede sein, sondern es muss zu einem zentralen Knotenpunkt der Vernetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilbereiche werden. Wir brauchen eine enge Kooperation zwischen Kulturschaffenden mit allen anderen gesellschaftlichen Kräften aus Sport, Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Diese Netzwerkbildung anzuregen, muss die zentrale Funktion des „Kulturhauptstadt-Büros“ sein. Wir sind sicher, dass das Planungsteam in enger Zusammenarbeit mit der „Freien Kulturszene“ in MANNHEIM eine „kreative Begeisterung“

erzeugen kann, um eine sich selbsttragende gesellschaftliche Dynamik für diese Vision in Gang zu setzen.

Für diese Entwicklung brauchen wir eine enge Kooperation zwischen unseren herausragenden „Kulturinstitutionen“ und der „Freie Szene“. Die Förderung des Internationalen Filmfestivals, des Nationaltheaters, der Reiss-Engelhorn-Museen, der Kunsthalle und des Technoseums liegt uns am Herzen. Unsere Kulturinstitutionen untermauern MANNHEIMs Anspruch als Oberzentrum der Metropolregion und bilden durch ihre regionale, nationale und internationale Ausstrahlung ein stabiles Fundament für die Bewerbung MANNHEIMs als Europäische Kulturhauptstadt. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise tragen wir die von der Verwaltung vorgeschlagenen finanziellen Anpassungen aber grundsätzlich mit. Wenn die Idee der Kulturhauptstadt jedoch gelingen soll, dann müssen unsere Großinstitutionen darüber hinaus die Kooperationen mit den Kleinen suchen. „Goliath hilft David“ muss das Motto für die kommenden Jahre sein, wie es durch die REM schon seit längerem vorgelebt wird.

Um solche Kooperationen auf ein tragfähiges Fundament zu stellen, wollen wir die Kleinen aus der „Freien Kulturszene“ durch zusätzliche Mittel unterstützen. Wir wollen den Wettbewerb anregen, zur Teilhabe und Mitentwicklung dieser Vision einladen und durch Mikroprojekte diesen „Spirit“ in alle Stadtteile tragen. Deshalb fordern wir mehr Geld, eine bessere Raumausstattung und transparente Vergaberichtlinien für die Förderung der „Freien Szene“.

Wir schlagen vor, bis 2020 für die Projektförderung in der „Freien Szene“ zwanzig-zwanzig-tausend Euro bereitzustellen. Oder anders ausgedrückt: wir wollen 2.020.000 Euro für die Freie Szene!

2.020.000 Euro für die „Freie Szene“ heißt konkret, dass die Verwaltung derzeit ein projektbezogenes Fördervolumen von etwas mehr als 1. Mio. Euro in den Haushalt eingestellt hat. Das heißt für die Zukunft: pro Doppelhaushalt wollen wir zusätzlich rund 200.000 Euro zur Verfügung stellen.

Bis zum Ende dieser Legislaturperiode 2014 wollen wir also weitere 400.000 Euro in den

Haushalt einstellen. Bis 2020 streben wir eine Gesamtfördermenge von 2.020.000 Euro an.

2.020.000 Euro ist eine Zukunftsinvestition. Wir haben uns von Anfang an für die Unterstützung der „Freien Szene“ stark gemacht. Mit diesem Geld wollen wir die materielle Grundlage für die Freisetzung des kreativen Potentials im „Kultur-Raum“ MANNHEIM liefern. Der „Kulturhauptstadt“ muss nicht nur Leben eingehaucht werden, sondern ein Sturm der Begeisterung muss durch unsere Stadt gehen. Die „Kulturhauptstadt 2020“ ist ohne die kulturellen Querdenker, kreativen Grenzgänger oder schöpferische Einzelgänger nicht zu realisieren.

Für die „Freie Szene“ ist die Raumfrage elementar. Es fehlt an Spielstätten für das „Freie Theater“ und an Ateliers für die darstellende Kunst. Genauso wichtig ist die Öffnung der Bühnen und Räume von etablierten Institutionen für die „Freie Szene“. Lassen Sie uns auch durch Kooperationen, nicht durch Abschottung, die Raumsituation für alle Kulturschaffenden in MANNHEIM verbessern.

Wenn wir über die Kulturförderung sprechen, müssen wir auch über die Vergaberichtlinien sprechen.

Lassen Sie mich hier kurz meine Verwunderung zum Ausdruck bringen: Bereits vor einem halben Jahr wurde auf die Tagesordnung des Kulturausschusses der Punkt „Neue Förderrichtlinien“ für die „Freie Szene“ gesetzt. Bis heute ist es der Verwaltung trotz mehrmaliger Versuche nicht gelungen „Förderrichtlinien“ für die „Freie Szene“ auf den Tisch zu legen. Das heißt: wir treffen unsere Entscheidungen auf der Grundlage unvollständiger Informationen. Das ist inakzeptabel.

Komme ich also zurück zu unseren Überlegungen. Das derzeitige Verwaltungshandeln zeigt, wie notwendig es ist, eine stärkere Transparenz in das Vergabeverfahren zu bekommen. Deshalb werden wir die Bildung eines „Sachverständigenbeirates“ für die projektbezogene, konzeptionelle und institutionelle Mittelverwendung einfordern. Die Schaffung eines solchen Beirats hat nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern auch eine Netzwerk-, Evaluations- und Auswahlfunktion. Dieser Beirat soll unter Leitung der Verwaltung stehen und aus Künstlern verschie-

dener Genres, den kulturpolitischen Vertretern der Fraktionen, Vertretern der großen Kulturinstitutionen, einem Vertreter der Kreativwirtschaft und einem externen Berater zusammengesetzt sein. Wir wollen nicht mehr Kontrolle, sondern eine Vernetzung und eine gemeinsame Verantwortung aller Kulturschaffenden für das Projekt Kulturhauptstadt 2020. Durch einen Beirat wollen wir auch sicherstellen, dass die Kommune nicht in die Bedrängnis kommt, „Ausfallbürgschaften“ für eine unzureichende Wirtschaftsplanung von Zuschussempfängern zu übernehmen. Wir wollen mehr Professionalität und Transparenz für die Kulturschaffenden in unserer Stadt.

Wir begreifen die Vision „Kulturhauptstadt 2020“ als Stadtentwicklungskonzept. Überlegen Sie noch einmal, was wir in den letzten Jahren erreicht haben. Der Jungbusch befindet sich heute in einem dynamischen Veränderungsprozess durch die Ansiedlung der Kreativwirtschaft im Quartier. Die Aufstockung der Popakademie ist eine konsequente Fortsetzung dieses Prozesses. Wenn MANNHEIM zudem als Pophauptstadt bestehen will, dann ist die Erweiterung des Budgets des Popbeauftragten

ein Muss. Gleichzeitig ist es Aufgabe der Politik, diese Prozesse der Quartierentwicklung insbesondere in der Innenstadt und im Jungbusch gemeinsam mit den Anwohnern vor Ort zu gestalten. Der „Nachtwandel“, die Neckarstädter „Lichtmeile“ oder die „Lange Nacht der Kunst und Genüsse“ haben gezeigt, dass eine lebhaftige „Ausgehkultur“ und ein hochwertiges „Kulturangebot“ keineswegs im Gegensatz zueinander stehen müssen.

Wie stark gesellschaftliche Wandlungsprozesse das Stadtbild verändern können, zeigt sich am deutlichsten im Bereich der Industriekultur. Die SPD-Gemeinderatsfraktion will diesen kulturellen Schatz für die MANNHEIMER bewahren und diese architektonischen Zeugen der Lebens- und Arbeitsbedingungen in MANNHEIM ins Gedächtnis der Stadt zurückbringen. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und entsprechenden Vereinen und Initiativen einen Routenplan „Wege zur Industriekultur in MANNHEIM“ entwickeln.

Die Vision MANNHEIM europäische „Kulturhauptstadt 2020“ lebt von einer lebendigen Stadtteilkultur. Wir unterstützen weiterhin die vielfältigen kulturellen Aktivitäten in unseren Stadtteilen und fördern die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil. Auch hier liegt es in der Verantwortung des Kulturamtes und des Kulturhauptstadtbüros, für ein ausgewogenes Verhältnis der Förderung im Rahmen des städtischen Kulturprogramms Sorge zu tragen. Erst die zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen unserer Vereine ermöglichen die Teilhabe vieler Menschen am gesellschaftlichen Leben. Lassen Sie uns gemeinsam selbst in schweren Zeiten den Blick nach vorne richten. MANNHEIM ist ein lebendiger, bunter, kreativer und weltoffener Kulturraum. Machen wir uns gemeinsam auf den Weg, unsere Stadt zu verwandeln.

4. Offene und soziale Bürgerstadt

Strategisches Ziel: Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten.

„MANNHEIM etabliert sich als Stadt der Talent und Bildung und gewinnt mehr Menschen für sich.“

MANNHEIM ist eine offene und soziale Stadt mit einer hohen Lebensqualität. Wer Talente gewinnen und halten will, tut gut daran, diese Attraktivität zu erhalten und zu erhöhen. In MANNHEIM lebt man gerne, denn die Menschen in unserer Stadt sind unsere Stärke. Dies hat sich immer wieder gezeigt. Die liberale Tradition unserer Stadt, ihre Bereitschaft, Menschen aufzunehmen, den Schwachen zu helfen und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen auszuüben, waren und sind die Elemente, die diese Stadt zu einer offenen und sozialen Bürgerstadt machen. Diese Stärke müssen wir uns zu Nutze machen. Offenheit und Toleranz sind mehr als Floskeln. Sie sind entscheidende Merkmale bei der Wahl des Arbeitsplatzes oder Wohnortes. In unserer Stadt hat sich in den letzten Jahren eine aktive Schwulen- und Lesbenszene gebildet, die nicht nur Gleichberechtigung und Anerkennung des eigenen Lebensentwurfs fordert, sondern Toleranz und Solidarität mit anderen gesellschaftlichen Gruppen übt. Aus diesem Grund ist der

Christopher Street Day für uns nicht nur eine riesige Party, sondern eine Demonstration für ein „buntes MANNHEIM“ und die individuelle Geschlechterpräferenz.

Die Anerkennung von Differenz und die gesellschaftliche Inklusion fordern mit gleichem Recht Menschen mit Behinderung ein. In MANNHEIM haben wir mit dem „Markthaus“ eine Möglichkeit der Integration von schwer vermittelbaren Beschäftigten in den Arbeitsmarkt gefunden. An zahlreichen Schulen ist das gemeinsame Lernen mit behinderten Kindern bereits möglich. Zudem erleichtert die Sicherstellung von Barrierefreiheit in Wohnungen und in öffentlichen Räumen körperlich eingeschränkten Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Doch von einer Kultur des gleichberechtigten Miteinanders sind wir trotz allem noch weit entfernt. Die Inklusion darf sich daher nicht auf administrative Bereiche beschränken.

Für die Umsetzung dieser Vision einer deutschlandweit vorbildlichen offenen Stadt

wollen wir auch auf die Kraft der Älteren zurückgreifen. Wir unterstützen neue Wohnideen, die das gesellschaftliche Zusammenleben fördern. Mittelfristig streben wir die Realisierung eines Programms zur Verminderung von Einsamkeit an und fördern den Ausbau bürgerschaftlicher Netzwerke. Deshalb schlagen wir auch die Umbenennung der „Seniorentreffs“ in „Aktiventreffs“ vor. Viele ältere aktive Menschen fühlen sich von der Bezeichnung „Seniorentreff“ nicht angesprochen. Weiter wird die Verwaltung von uns den Auftrag erhalten, die „Aktiventreffs“ durch „Aktivenfreiräume“ zu ergänzen, sprich durch Immobilien, die wir älteren Menschen zur eigenständigen Gestaltung eines kulturellen Lebens überlassen wollen. Denkbar sind die Aufwertung des öffentlichen Raumes durch handwerklich Begabte, der Aufbau eines eigenen Cafés, die Gestaltung von Kunsträumen oder die Einrichtung von Multimediawerkstätten. Bis auf Letzteres könnten diese Vorschläge unseres Erachtens ohne große Kosten realisiert werden.

MANNHEIM ist nicht nur eine offene Stadt; MANNHEIM ist auch eine soziale Stadt. Sozialer Ausgleich und wechselseitige Verantwortung sind die Grundlagen für ein gutes und erstrebenswertes Zusammenleben. Im Rahmen unseres Leitbildes „Soziale Stadt“ verfolgen wir deshalb die Inklusion aller sozialen Gruppen in das städtische Leben.

Wir begrüßen den Anspruch des Oberbürgermeisters, den Herausforderungen der Haushaltskonsolidierung mit einer durchdachten Konzeption zu begegnen. Dies gilt zum Beispiel für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II), die Pflege und Eingliederungshilfe, die konzeptionelle Optimierung § 35 a – Fälle im ambulanten und stationären Bereich sowie der Hilfen zur Erziehung. Diese Vorschläge müssen mit Blick auf ihre Wirksamkeit für die Kommune erarbeitet und geprüft werden. Das ist der Auftrag der Verwaltung. Die SPD-Fraktion hat aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die bisherigen Ausführungen im „Haushaltsstrukturprogramm“ noch nicht abschließend erkennen lassen, welche konkreten Auswirkungen die Umset-

zung der einzelnen Vorschläge für die Betroffenen hat. Gerade in der jetzigen Situation müssen wir eine weitere Ausgrenzung Benachteiligter und eine Ausdünnung der notwendigen Hilfen für die Schwachen verhindern. Deshalb brauchen wir die Eingliederungshilfe. Die von der Stadt unterschriebene „Erklärung von Barcelona“ und die vor diesem Hintergrund entwickelten Grundsätze des Behindertenforums müssen als Richtschnur unseres Handelns dienen. Wir erwarten aber auch eine detaillierte und regelmäßige Berichterstattung über Maßnahmen und Erfolge, um den Bedarf – etwa hinsichtlich der Stellenausstattung – besser beurteilen zu können. Eine solche Evaluation ist für uns Voraussetzung für die Zustimmung zur angesetzten Mittelaufstockung.

Einige Vorschläge müssen unseres Erachtens aber kritisch reflektiert werden. Stichwort „Schuldnerberatung“. Die Diskussion hat unseres Erachtens bislang nicht schlüssig belegen können, warum ausgerechnet in einer Zeit, in welcher die Menschen mit

größeren finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert werden, die Hilfsangebote eingeschränkt werden sollen. Es muss doch gerade Arbeitnehmern mit finanziellen Problemen geholfen werden, nicht weiter in ein Problemdickicht abzurutschen. Der Zugang zur Schuldnerberatung sollte daher prinzipiell allen MANNHEIMERinnen und MANNHEIMern offen stehen.

Ein weiteres schwieriges Feld, gerade für uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, ist das von der Verwaltung aufgeworfene Thema „Frauenhäuser“. Wir können in MANNHEIM nicht die Probleme der Metropolregion lösen. Auch die anderen Großstädte in unserer Region können das nicht. Wir brauchen deshalb eine die Kommunen übergreifende Lösung in der Metropolregion. Die sozialen Kosten drohen uns zu erdrücken. Diese Problematik steht aber im Widerspruch zu unserem sozialpolitischen Anspruch, Frauen in Not in MANNHEIM Schutz und Obdach zu bieten. Es kann aber nicht sein, dass sich die Herkunftsgemeinden aus ihrer sozialen und finanziellen Verantwortung ziehen. Wir helfen gerne, wir kommen aber an unsere Grenzen. Wir fordern

die Durchsetzung des Gewaltschutzgesetzes und die Entfernung des gewalttätigen Mannes aus der gemeinschaftlichen Wohnung sowie eine verbindliche Vereinbarung der Kostenübernahme durch die Herkunftskommunen. Die Frauenhäuser sollen die nächsten zwei Jahre nutzen, mit der Verwaltung ein zuverlässiges und sicheres Verfahren zu erarbeiten, welches dem Schutz der Frau und der Abfederung der sozialen Folgekosten gerecht wird.

5. Bunte Stadt

Strategisches Ziel: Toleranz bewahren, zusammen leben.

„MANNHEIM ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.“

MANNHEIM ist eine „bunte Stadt“. Doch erst in den letzten Jahren haben wir begriffen, dass diese ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ein Standortvorteil und ein herausgehobenes Merkmal unserer Lebensqualität ist. Die Anerkennung von Vielfalt ist anspruchsvoll und ein gutes Zusammenleben muss von allen gestaltet werden. Deshalb setzen wir uns für die Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen aller MANNHEIMER und eine Kultur der Toleranz und Anerkennung ein. Erst eine breite Teilhabe aller MANNHEIMER spiegelt die gesellschaftliche Realität in unserer Stadt verbindlich wieder. Teilhabe schafft Vertrauen und stärkt unsere Kommune.

Die Vielfalt zeigt sich besonders in der Gruppe der Migranten. Menschen aus über 160 Ländern leben in unserer Stadt zusammen. In der Öffentlichkeit wird gerne über Migranten gesprochen, doch häufig über ihre Köpfe und Bedürfnisse, Vorstellung und Interessen hinweg. Für uns ist Integration jedoch mehr als ein Islamgipfel

oder eine Integrationskonferenz. Die Integration durch politische Partizipation ist für uns der beste Weg, eine breite Unterstützung für die politischen Entscheidungen in unserer Stadt sicherzustellen. Der derzeitige Gemeinderat repräsentiert nicht die soziale Zusammensetzung unserer Gesellschaft. Das müssen wir ändern. Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle seit langem in MANNHEIM lebenden Menschen ist die einzige Möglichkeit, eine dauerhafte Bindung aller MANNHEIMER an unsere Kommune zu schaffen. Wer den seit langem in MANNHEIM lebenden Migranten das Bürgerrecht verweigert, sagt Migranten, sie seien in unserer Stadt unerwünscht. Wir brauchen nicht weniger Teilhabe von Migranten, sondern mehr kommunalpolitische Verantwortung und mehr demokratische Partizipation.

Aus diesen Gründen haben wir auch die Reform des Migrationsbeirates befürwortet. Dort wurde gute Arbeit gemacht, doch entscheiden durften die Migranten nichts. Auch die bisherige Wahl des Beirates konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Form der Bestellung nur ein schwacher Ersatz für wirkliche demokratische Legitimation war. Die geringe Wahlbeteiligung und die geringe Teil-

nehmerzahl an den Sitzungen des Migrationsbeirates waren die logische Folge dieser schwachen Legitimationsbasis. Deshalb befürworten wir die vom Gemeinderat beschlossene Neukonstituierung über ein Berufungsverfahren. Erstmals sitzen Migranten als „sachverständige Einwohner“ in allen Ausschüssen. Erstmals übernehmen Vertreter des Gemeinderats durch die Auswahl der „Sachverständigen“ direkt Verantwortung für deren Belange. Erstmals haben wir durch die Einbeziehung der Migrationsvereine die Chance, eine breite und dauerhafte Beteiligung der verschiedenen Gruppen sicherzustellen und bilden ihre vielfältigen Aktivitäten, ihr Engagement und ihre Interessen angemessen ab. Deshalb unterstützen wir die Arbeit des Migrationsbeirates durch die Schaffung einer halben Mitarbeiterstelle für Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Aber ungeachtet der Vorteile des neuen Verfahrens ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass auch das neue Verfahren kein Ersatz für eine Vollbürger-

schaft und eine demokratische Legitimation sein kann.

Die Einbindung von Migranten als „sachverständige Einwohner“ in die Ausschussarbeit alleine reicht jedoch nicht aus, um das demokratische Defizit zu kompensieren. Aus der Sicht der SPD-Gemeinderatsfraktion nehmen zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund aus unterschiedlichen Gründen nicht an diesem politischen Prozess teil. Ihre Interessen und Bedürfnisse bleiben im Dunkeln. Deshalb sind wir neue Wege gegangen und haben die Verwaltung mit der Evaluation der Lebensqualität von Migranten in MANNHEIM beauftragt.

Politik und Verwaltung müssen aus diesen Gründen immer wieder das direkte Gespräch mit den Menschen vor Ort suchen. Vorbildlich wurde diese Zusammenarbeit durch das Entwicklungskonzept Innenstadt vorbereitet und in den G- und H-Quadraten realisiert. In enger Abstimmung mit unseren Stadträten, Bezirksbeiräten und den Mitarbeitern des Fachbereichs Städtebau wurde ein Projekt zur Realisierung einer Verkehrsberuhigung und Attraktivierung des Bereichs G2/H2 initiiert. Neben der Verbesserung der Stadtteilsituation

setzt sich die SPD MANNHEIM seit langem für eine angemessene Achtung der Kultur und Religion der Migranten ein. Die gemeinsam erarbeiteten Leitsätze zur Integration bieten ein gutes Wertfundament für ein Zusammenleben auf der Basis von Toleranz und Anerkennung. Deshalb stellen wir uns nachdrücklich hinter den Antrag der Einrichtung eines Kindergartens in muslimischer Trägerschaft. Es geht in diesem Fall nicht nur um eine rechtliche Gleichbehandlung unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, sondern um die Anerkennung und Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder Parteien noch der Staat zu bestimmen haben. In unserem Fall hat der muslimische Träger ein überzeugendes Konzept zur Einrichtung eines Kindergartens vorgelegt und ist gewillt, soziale Verantwortung im Stadtteil zu übernehmen. Er kann auf unsere Unterstützung zählen. Gleiches gilt für die Achtung der Bestattungsrituale der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften. Rituale und Traditionen helfen Menschen, den Verlust ei-

nes geliebten Angehörigen zu überwinden. Deshalb streben wir in enger Abstimmung mit den Mitarbeitern des Friedhofsamtes, die bereits hervorragende Arbeit leisten, eine kultursensible Bestattung auf den MANNHEIMER Friedhöfen an.

Eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung von Differenz setzt eine harte Linie gegen Intoleranz voraus. Deshalb gehen wir zielgerichtet gegen ethnische Ausgrenzung oder Rassenhass durch sozial- und bildungspolitische Prävention und rechtsstaatliche Sanktionen vor. Denn Integration und Inklusion gelingen nur dort, wo Gewalt, Fanatismus und Ignoranz konsequent der Boden entzogen wird. Wir sehen uns hier in einer engen Partnerschaft mit den Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften sowie zahlreichen Verbänden und Vereinen. Die vom Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz veröffentlichte MANNHEIMER Erklärung ist für uns der Auftakt zu einem permanenten Diskurs über die Werte und Grundlagen unseres Zusammenlebens.

6. Aktive Stadt an den Flüssen

Strategisches Ziel: Stärkung der Urbanität.

„MANNHEIM bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die dabei sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Megacities.“

MANNHEIM als Zentrum der Metropolregion Rhein-Neckar bietet alle Vorteile einer Metropole ohne die Nachteile einer Millionenstadt. Urbanität wird bei uns groß geschrieben, ohne die Übersichtlichkeit und Verbundenheit zwischen den Menschen zu verlieren. Moderne Stadtentwicklung bindet die Bürger durch Diskussionen und Beteiligungsprozesse in notwendige Veränderungen ein.

Die Lebens- und Aufenthaltsqualität am Wasser spielt eine immer größere Rolle. MANNHEIMs Flüsse sind ein Schatz, den wir für die Lebensqualität und Freizeitgestaltung heben wollen. Daher war die Freigabe der bereits 2008 für den Bau der Strandbadgaststätte in den Haushalt eingestellten eine Million Euro eine richtige Entscheidung. Unser Ziel ist es, das Strandbad zu einem wahren Aushängeschild urbaner MANNHEIMER Lebensqualität mit einem überregionalen Ruf zu machen. Die Vision vom „kleinen Urlaub in MANNHEIM“ haben wir aber bereits mit dem Neubau der Strandbadgaststätte auf den Weg gebracht.

Darauf sind wir stolz. Darüber hinaus denken wir an die Gestaltung der Uferpromenade, auch wenn uns hierzu noch die finanziellen Mittel fehlen. Wir halten daran fest, MANNHEIMs Flussufer an Rhein und Neckar zu belebten Treffpunkten für Naherholung, Sport und Geselligkeit zu entwickeln. Hierzu bieten Konzeptionen wie „blau – MANNHEIM – blau“ die notwendige Grundlage, ohne die spezifischen Stadtteilbelange außer Acht zu lassen. Wir wollen den Alten Messplatz zum Wasser öffnen. Auch über ein verträgliches Konzept für die Freizeitnutzung an den Flüssen müssen wir nachdenken.

Die aktive Stadt MANNHEIM kommt für uns in den zahlreichen Sportvereinen zum Ausdruck. Der Vereinsport ist für Kinder und Jugendliche sehr wichtig. Sie lernen, Herausforderungen anzunehmen und sich in der Gruppe zu organisieren. Sie können Selbstsicherheit aufbauen und erfahren das soziale Miteinander. Sport, im jungen Alter als Selbstverständlichkeit eingeübt, dient dem Wohlbefinden und der Gesundheit ein Leben lang. Das Ernährungs- und Bewegungsverhalten wird nachhaltig und dauerhaft beeinflusst. Leider wachsen auch hier aufgrund der Finanzlage keine Bäume in den

Himmel. Für den Unterhalt und den Neubau von Sportanlagen werden eigentlich mehr Mittel benötigt. Das können wir nicht realisieren, aber Kürzungen werden wir auf keinen Fall mittragen. Unser Dank gilt auch dem Sportkreis MANNHEIM für die Bereitschaft, die moderate Gebührenerhöhung mitzutragen. Aber trotz Krisenzeit wollen wir die Jugendarbeit der Sportvereine gezielt unterstützen. Hierzu werde ich Ihnen später noch einen Vorschlag unterbreiten.

Wir freuen uns über die Fortführung der Bäderkonzeption und die Sanierung des Hallenbads Neckarau. Carl-Benz-Freibad und Herschelbad erhalten eine erste Perspektive. Wir verstehen die Übergabepäne der Bäder Rheinau und Sandhofen als Prüfaufträge und setzen hier auf das Engagement der dortigen aktiven Bürgerschaft. Der Vorschlag, das Hallenbad Seckenheim zu schließen, erscheint vor dem Hintergrund der zu erwartenden Investitionen nachvollziehbar. Gleichwohl gibt es eine Reihe zu klärender Fragen. Das Bad wurde erst vor einigen Jahren dem Schwimmverein

MANNHEIM übergeben, der in erheblichem Umfang investiert hat. Deshalb konnte der Schwimmverein aufgrund der guten Trainingsbedingungen in den letzten Jahren sich immer besser entwickeln und sportlich verbessern. Deshalb müssen dem Verein durch die Verwaltung entsprechende Trainingsmöglichkeiten bereit gestellt werden, um das Leistungsniveau zu halten und um eine Fortsetzung des Schwimmunterrichts sicherzustellen. Weiter ist die Zukunft des Geländes in Seckenheim zu klären.

Aus aktuellem Anlass erlauben Sie mir folgende Bemerkung: Mit großer Sorge betrachten wir die Entwicklung der LBBW Immobilien und die Gerüchte um deren Verkauf. Wir werden diese Entwicklung kritisch begleiten. Denn für uns ist eine ausreichende Versorgung der Menschen mit preisgünstigem Wohnraum ebenso bedeutsam wie die Steigerung der Attraktivität der Stadt durch gezielte Projekte im gehobenen Wohnungsbau. MANNHEIM muss auch in Sachen Wohnungsmarkt für junge, gut qualifizierte Menschen mit Familie attraktiv sein. Wir stehen zu unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG als unverzichtbarem Steuerungsinstrument für die künftige Entwicklung

MANNHEIMs. Ihre Bedeutung zeigt sich in den aktuellen Vorschlägen des Oberbürgermeisters, etwa beim Collincenter oder bei der städtebaulichen Weiterentwicklung der östlichen Unterstadt. Der von Dezernat IV eingebrachte Handlungsrahmen zum Wohnungsbau und der dort angeschobene Beteiligungsprozess bieten eine sehr gute Grundlage. Wir begrüßen die fortlaufende Sanierung von Schönau-Mitte sowie Karolinger Weg in Hochstätt. In Wallstadt kann endlich die Sanierung des Rathausplatzes angegangen werden.

Das Quartiermanagement ist ein notwendiges Instrument der Stadtteilentwicklung. Es ermöglicht in strukturschwachen Quartieren eine stadtteilorientierte Arbeit, um abgestimmt mit den handelnden Akteuren vor Ort, Probleme zu bearbeiten und Impulse zu setzen. Das vorhandene Quartiermanagement hat gute Arbeit geleistet.

Wir brauchen eine tragfähige Neukonzeption des Quartiermanagements, damit wir diese gemeinschaftliche Aufgabe von freier und öffentlicher Wohlfahrtspflege wahrneh-

men können. Die freien Träger haben eine gute Zusammenarbeit von Bewohnerschaft, Verwaltung und Politik ermöglicht. Deshalb messen wir dem Quartiermanagement in unserer Stadt auch in Zukunft eine besondere Bedeutung bei. Notwendige Projekte dürfen nicht auf acht Jahre begrenzt sein. Wir brauchen eine Einzelfallprüfung. Eine Begrenzung auf fünf laufende Projekte halten wir für unangemessen. Wir sehen die Verwaltung aufgrund der strategischen Ziele der Stadt MANNHEIM in der Pflicht, eine angemessene finanzielle Beteiligung am Quartiermanagement sicherzustellen. Neben der Stadtteilentwicklung brauchen wir eine nachhaltige Flächennutzung in MANNHEIM: Prinzipiell wollen wir den Flächenverbrauch stoppen und die Innenentwicklung weiter fördern. Deshalb kommt der Nutzung der frei werden Militärflächen eine wichtige städtebauliche Bedeutung zu. Das Freiraumsicherungskonzept ist für uns bindend. Es gilt, eine ausgeglichene Balance der Entwicklung der Konversionsflächen zwischen Wohnen, Naherholung und Gewerbe zu finden. Wohnen und Lebensqualität sind abhängig von den Umweltbelastungen. Dies gilt gerade für den Faktor Lärm. Wir freuen uns über jede Gewerbeansiedlung, müssen

aber auch die Lärmfolgen beachten. Dies sage ich auch hinsichtlich unserer Versprechungen an die Bürgerschaft von Friedrichsfeld und Suebenheim mit Blick auf das Gewerbegebiet Friedrichsfeld-West. „Lärm“ erzeugt Stress. Genauso schwerwiegend sind für uns die ökologischen Kosten, die die Etablierung eines neuen Regionalflughafens auf dem Coleman-Gelände nach sich ziehen würde. Schon heute ist die Lärmbelastung für unsere nördlichen Stadtteile zu groß. Gleichzeitig scheint das Ende des Flughafens Neuostheim absehbar zu sein. Coleman stellt aber keine Alternative dar. Sollte der Flughafen Neuostheim tatsächlich vor dem Aus stehen, müssen alternative, regionale Nutzungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden. Das freiwerdende Gelände darf aber im Zuge der kommenden städtebaulichen Planung nicht seine wichtige Funktion als Frischluftschneise verlieren. Für eine kommende Nutzung ist Manches denkbar: ein Bürgerpark für Neuhermsheim und Neuostheim, die Umsiedlung von Sportvereinen, um vielleicht an

anderer Stelle Wohnraum zu schaffen und anderes mehr. Das ist alles noch Zukunftsmusik. Aber wir sollten die Zeit nutzen, um gemeinsam mit der Bürgerschaft entsprechende Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Wir wollen gleichwertige Mobilität für alle! Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat in den letzten Jahren durch Ausbaumaßnahmen einen erheblichen Fahrgastzuwachs erzielt. Die Qualität dieser Angebote von Bussen und Bahnen muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Prinzipiell unterstützen wir den Bau der Stadtbahn Nord. Wir sehen uns aber als kritischer Begleiter des Projekts. Wir begrüßen die S-Bahn-Ertüchtigung der Bahnhöfe Sportpark/Rangierbahnhof, Neckarau, Rheinau und Friedrichsfeld Nord sowie den dreigleisigen Ausbau zwischen MANNHEIM und Heidelberg. Die Verbesserungen des MANNHEIMER Radwegenetzes müssen konsequent weiter fortgesetzt werden. Ein entsprechender Unterhalt und Beschilderung ist sicher zu stellen. Die Radwegemittel wurden nicht gekürzt und wir werden nicht locker lassen, MANNHEIM als Fahrradstadt voranzubringen.

Der Schutz der Umwelt und insbesondere der Klimaschutz sind eine Querschnittsaufgabe für MANNHEIM. Die Klimaschutzkonzeption 2020 ist für uns Leitlinie. Wir begrüßen, dass auch in schwierigen Zeiten das Förderprogramm für Wärmedämmmaßnahmen für private Haushalte sowie die energetische Sanierung städtischer Gebäude fortgeführt wird. Die Klimaschutzagentur unterstützen wir ausdrücklich.

<p><u>Sandhofen</u></p> <p>Sandhofenschule Sanierung KZ-Gedenkstätte Ausbau B44</p>	<p><u>Schönau</u></p> <p>Schönau Mitte Sanierung Peter-Petersen-Gymnasium</p>	<p><u>Schwetzingenstadt-Oststadt</u></p> <p>Abbruch Collini-Steg über den Ring AO Instandsetzung Karl-Friedrich-Gymnasium</p>
<p><u>Friedrichsfeld</u></p> <p>Neubau Rettungszentrum Lilli-Gräber-Halle Sanierung Dach</p>	<p><u>Seckenheim</u></p> <p>Seckenheim Zentrum Sanierung Hochstädt Karolingerweg</p>	<p><u>Rheinau</u></p> <p>Ruhrorter Str. TA</p>
<p><u>Neckarau</u></p> <p>Umbau Haltestellenanlage Bäderkonzeption Hallenbad Neckarau</p>	<p><u>Neuostheim/Neuhermsheim</u></p> <p>Verlegung S-Bahn Rangierbahnhof</p>	<p><u>Lindenhof</u></p> <p>MANNHEIM 21 Moll-Gymnasium Fenster</p>
<p><u>Innenstadt/Jungbusch</u></p> <p>Aufstockung Popakademie Innenstadt Planken Sanierung Kinderhaus K2 G2/H2</p>	<p><u>Neckarstadt-Ost</u></p> <p>Herzogenriedbad Sanierung IGMH Uhland-Schule</p>	<p><u>Neckarstadt-West</u></p> <p>Sanierung „Altes Volksbad“ Sanierung Rainweidenstraße</p>
<p><u>Feudenheim</u></p> <p>Brandschutzmaßnahmen Feudenheimschule</p>	<p><u>Wallstadt</u></p> <p>OEG Brücke Rathausplatz</p>	<p><u>Vogelstang</u></p> <p>Ganztagsbetrieb Schule Brandschutzmaßnahmen Geschwister-Scholl-Schule</p>
<p><u>Käfertal</u></p> <p>Erschließung Wohngelände Baugelbiet Hochwald Käfertalschule</p>	<p><u>Waldhof</u></p> <p>Investitionen berufl. Schulen Lehrküchen Luzenbergschule Seppl-Herberger-Sportanlage Erneuerung Brunnen</p>	

7. Zusammenleben in der solidarischen Bürgergesellschaft

Strategisches Ziel: Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung.

„MANNHEIMs Einwohnerinnen und Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.“

MANNHEIMS Ausstrahlung hängt entscheidend vom solidarischen Miteinander der Bürgergesellschaft ab. Sozialer Ausgleich, Verantwortung für die Kommune und Bürgersinn bilden die innergesellschaftliche Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. In der jetzigen Situation brauchen wir ein Bündnis zwischen solidarischer Mitte und sozial Bedürftigen, denn Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit sind unauflösbar miteinander verbunden. Dieser Gedanke ist fest in der Mannheimer Bürgergesellschaft verankert.

Wenn wir über die Attraktivität unserer Stadt und Solidarität und Zusammenhalt sprechen, müssen wir auch über die finanziellen Belastungen unserer Kommune sprechen. Von einer Erhöhung der Gewerbesteuer sieht die Verwaltung vorerst aus konjunkturpolitischen Gründen ab. Sie ist angedacht für den Haushalt 2012/13 mit der Hoffnung, sie nicht vollziehen zu müssen. Gleichwohl gibt es in der Bevölkerung eine

Erwartungshaltung, die Lasten der Krise, Einschnitte wie höhere Steuern und Abgaben, gleichmäßig auf alle zu verteilen. Die vorgeschlagene Erhöhung der Grundsteuer von 400 auf 450 Punkte wird diesem Anspruch nur bedingt gerecht. 44 Prozent der Steuererhöhung soll die Wirtschaft tragen, 56 Prozent die privaten Haushalte. Auch bei anderen Maßnahmen ist weniger die Wirtschaft als vielmehr die Bürgerschaft betroffen. Gegen eine Gewerbesteuererhöhung hingegen spricht der Standortwettbewerb. Allerdings darf die Bedeutung einer Gewerbesteuererhöhung in diesem Kontext nicht überbetont werden. Nach einer Umfrage der IHK steht die Höhe der Gewerbesteuer für die in MANNHEIM ansässigen Unternehmen erst an elfter Position der wichtigsten Standortfaktoren. Auch zahlt bereits heute nur eine eingeschränkte Zahl an Unternehmen überhaupt Gewerbesteuer. Für die SPD MANNHEIM steht eine solidarische Verteilung der Lasten gleichgewichtig neben wirtschaftlichen Überlegungen der Konjunkturbelebung. Wir meinen, in Zeiten wie diesen müssen wir, ausgehend von der Leistungsfähigkeit der Bürger und Gewerbetreibenden unserer Stadt, eine angemessene Form der Belastung aller Menschen prü-

fen. Wir dürfen den Wirtschaftsstandort nicht gegen die solidarische Bürgergesellschaft ausspielen. Lassen sie uns gemeinsam nach Wegen suchen, die Einnahmeseite der Stadt zu stärken.

Eine solche Maßnahme stellt unseres Erachtens die „Kulturförderabgabe“ dar, die wir über eine Besteuerung der Hoteliers der Stadt MANNHEIM erheben wollen. Wir berufen uns hier auf das Steuerfindungsrecht der Gemeinde. Hintergrund sind die zahlreichen Vorteile, welche der Hotelbranche in den vergangenen Jahren durch die Aktivitäten der Stadt zuteil geworden sind. Stichworte sind die millionenschweren Investitionen in das Kultur- und Kongresszentrum Rosengarten oder in die SAP-Arena. Lassen Sie es mich plastisch ausdrücken: wenn Klitschko kämpft oder die Neurologen einen Kongress abhalten, sind die Hotels voll. Die Hoteliers werden unter der Bewerbung MANNHEIMs als Kulturhauptstadt sicherlich auch nicht zu leiden haben. Auch der städtische Zuschuss in Höhe von 50.000,- Euro für den Hockenheimring kam den Hotel-

betreibern zu Gute. Deshalb haben wir bei der Verwaltung zwei Modelle zur Prüfung angefragt: Zum einen die Erhebung einer Abgabe von sieben Prozent auf den Übernachtungspreis. Dieses Modell wird zur Zeit auch in Köln und Stuttgart diskutiert. Eine solche Erhebung reduziert den Bürokratieaufwand für die Stadt auf ein Minimum. Des Weiteren prüft die Stadt ein Modell in Anlehnung an die Stadt Weimar, welche die Hotels in Abhängigkeit ihrer Bettenzahl mit unterschiedlich hohen Festbeträgen pro Übernachtung belastet. Wir erwarten von der Kulturförderabgabe Einnahmen von mindestens 2,5 bis 3 Mio. Euro. Entsprechend sollten die Abgabesätze ausgestaltet sein.

Weiter schlagen wir vor, den Grundsteuersatz A auf das Niveau des Grundsteuersatzes B anzuhähen. Dies bedeutet eine Steigerung von 225 auf 450 Punkte. Voraussichtliche Einnahmenverbesserung: 100.000 Euro. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum ausgerechnet MANNHEIM hier als einzige Großstadt in Baden-Württemberg unterschiedlich hohe Steuersätze hat. In finanziell schwierigen Zeiten können wir dieses Privileg nicht weiter aufrecht erhalten. Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist gerne

gesprächsbereit, wenn uns hier übermäßige Härtefälle dargestellt werden.

Ich komme zur Gewerbesteuer. Eine entsprechende Anhebung haben wir in unserer Fraktion und in der Partei ausführlich diskutiert. Eine Anhebung zum jetzigen Zeitpunkt ist für uns weder ein „Muss“, noch eine „Zumutung“. Wir stellen uns der Finanzverantwortung für unsere Stadt. Unsere Alternativvorschläge zur Verbesserung der Einnahmensituation habe ich Ihnen soeben unterbreitet. Sollten diese nicht umsetzbar sein, müssen wir eventuell auch eine Gewerbesteuererhöhung ins Auge fassen. Allerdings darf diese dann nicht verkonsumiert werden. Wir wünschen eine Reduzierung der Neuverschuldung der Stadt in Höhe der zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen. Die Zinsersparnis würden wir nutzen, um Kürzungen an anderer Stelle zu vermeiden. Dies wäre ein wichtiges Signal in Sachen solider städtischer Finanzpolitik.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal auf unsere Bürgerschaft zurückkommen. Ja, wir brauchen den MANNHEIMER

Bürgersinn. Wir brauchen ihn in den Vereinen, wir brauchen ihn für die Pflege des öffentlichen Grüns, wir brauchen ihn für unsere Kinder, wir brauchen ihn bei den Schwimmbädern. Ich könnte diese Liste unendlich fortführen. Wir haben sehr gute Erfahrungen in MANNHEIM mit der Einbindung der Bürgerschaft. Partizipative Planungsverfahren, Budgets für Bezirksbeiräte oder auch gut besuchte Bürgerversammlungen legen davon Zeugnis ab. Wir wollen an dieser Stelle zwei weitere Ideen in die Diskussion einbringen. Wir knüpfen an eine ältere, erfolgreich im Nationaltheater praktizierte Idee an. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hat einen Antrag für die Unterstützung des MANNHEIMER Arbeitslosenzentrums (MAZ) gestellt. Für jeden Euro Spende, die das MAZ einwirbt, gibt die Stadt einen Euro dazu. Der Maximalbetrag ist gedeckelt. Diese Idee wollen wir auf die Jugendarbeit unserer Sport- und Faschingsvereine ausdehnen. In der Krise sind sie eine unbezahlbare gesellschaftliche Stütze. Wir schlagen Ihnen die Einrichtung eines einmaligen Spendenfördertopfes in Höhe von 100.000 Euro vor. Projekttitel: „MANNHEIMER Bürgereuro“. Für jeden für die Jugendarbeit gespendeten Euro, soll aus diesem Topf seitens der Stadt

ein Euro dazugelegt werden. Die maximale Förderobergrenze sollte bei 500 Euro liegen. Damit könnten wir mindestens 200 Vereine unterstützen.

Des Weiteren wollen wir die Stadt bitten, die Möglichkeit einer „MANNHEIMER Bürgeranleihe“ zu prüfen. Wir wollen bei der MANNHEIMER Bürgerschaft Geld zu einem Prozentsatz aufnehmen, der unter dem Kreditmarktzins, aber über dem Tagesgeldzins liegt. Wir schlagen als Diskussionsgrundlage eine Befristung auf ein Jahr vor. Eine ähnliche Bürgeranleihe hat die Stadt Quickborn aufgelegt und dabei rund die doppelte Betragshöhe von ihrer Bürgerschaft ausleihen können, als sie selbst erhofft hat. Leider hat im Herbst die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFIN) der Stadt weitere Anleihegeschäfte dieser Art untersagt. Die Verwaltung soll daher zunächst Alternativen rechtlicher Realisierbarkeit prüfen. Vorstellbar ist für uns zum Beispiel die Aufnahme einer Anleihe über eine unserer städtischen Töchter. Auch die fachkompetente Unterstützung der Sparkasse könnte

hilfreich sein. Lassen Sie uns die Bereitschaft der Bürgerschaft zu einer solchen Anleihe etwa im Rahmen einer Umfrage ermitteln. Die auf diesem Wege eingenommenen Gelder sollten eins zu eins für die Verringerung des Planansatzes der Neuverschuldung verwandt werden.

IV. Neue Sachlichkeit:

Offenheit zum konstruktiven Dialog und Verantwortung auf breiter Basis

MANNHEIM braucht eine neue Sachlichkeit in der Kommunalpolitik. Diese Forderung hat die SPD-Gemeinderatsfraktion vor drei Jahren erhoben, hieran hat sie sich orientiert und wird dies auch weiterhin tun. Es geht um einen politischen Wettbewerb der besten Ideen zum Wohle der Menschen in unserer Stadt. Gerade für den anstehenden Vierjahreszeitraum der diesjährigen Etatberatungen werden die unterschiedlichen Positionen klar erkennbar werden.

Auch das von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsstrukturprogramm 2013 enthält einige Eckpunkte, die für die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unserer Stadt von enormer Bedeutung sein werden. Hier werden wir um die besten Ideen und den besten Weg ringen.

Bei der Kommunalwahl 2009 haben uns die Wählerinnen und Wähler mit ihren Stimmen zur stärksten Fraktion im Gemeinderat gewählt. Dies sehen wir als Auftrag an, mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen in allen Fragen der Stadtpolitik zu einem intensiven, fairen und

konstruktivem politischen Wettbewerb zu kommen. Im Ergebnis muss aber vor allem das Wohl der Menschen im Vordergrund stehen. Dafür sind wir angetreten. Die SPD-Gemeinderatsfraktion ist hierzu bereit.

Nicht nur im Gemeinderat wollen wir sachlich zusammenarbeiten. Auch mit den Aktiven vor Ort, in den Vereinen, Verbänden, Organisationen, Bürgerinitiativen, Interessengruppen – kurz gesagt, mit allen, die sich für ein kommunalpolitisches Anliegen einsetzen, wollen wir zusammenarbeiten. Die Ideen und das Wissen unserer MANNHEIMERinnen und MANNHEIMER müssen wir nutzen. Dabei geht es für uns um gelebte Bürgerbeteiligung, denn in den nächsten schwierigen Jahren brauchen wir alle - nicht nur in finanzieller Hinsicht.

Ich bin überzeugt davon, dass wir die Herausforderungen, die notwendigen Veränderungen in unserer Stadtgesellschaft für eine lebenswerte Zukunft nur gemeinsam erreichen können. Ideen und Verantwortung sind gefragt.

V. Zusammenfassung und Dank

- Kein Verkauf von GBG und Klinikum
- Keine Veräußerung weiterer Anteile der MVV Energie AG zur Stabilisierung der Haushaltslage
- Weiterer Ausbau eines „MANNHEIMER Unterstützungssystems Schule“
- 35 Prozent Quote Krippenplätze im Auge behalten
- Sonderprogramm für Sanierungsmaßnahmen an Schulen prüfen
- Am Ziel 50 Prozent Ganztagschulangebot festhalten
- Berufsschulkonzeption erarbeiten
- Erhalt des Angebotes bei den Jugendhäusern
- Wirtschaftsstandort stärken und neue wirtschaftspolitische Strategie umsetzen
- Städtisches Sonderprogramm Ausbildung bei Bedarf
- Familienpass Plus sozial gestalten
- Kinderbetreuungsgebühren einkommensorientiert und sozial ausgewogen staffeln
- MANNHEIM 21 als Chance nutzen
- Projekt Kulturhauptstadt 2020 als Stadtentwicklungsprozess voranbringen
- Soziale Stadt in allen Facetten erhalten und sichern
- Attraktiven und bezahlbaren Wohnraum anbieten
- Investitionen im Sport erhalten
- Bäderkonzeption umsetzen
- Freie Szene stärken
- Leben an den Flüssen attraktiv gestalten
- Klimaschutzprogramm und energetische Maßnahmen voranbringen
- Investitionen für die Stadt erhalten
- Ausbau der Stadtbahn Nord
- Change2 mit Beschäftigten und Bürgerschaft gestalten

Ich wiederhole mich: Wir haben uns viel vorgenommen. Wir laden Sie ein, mit uns in einen konstruktiven und intensiven Prozess über die Zukunft unserer Stadt einzusteigen.

Ich schließe daher in meine Danksagung im Namen der Fraktion zum Schluss nicht nur die zahlreichen Mütter und Väter dieses Haushaltsplanentwurfes ein, an der Spitze Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, Erster Bürgermeister Christian Specht, Bürgermeister Lothar Quast, Frau Bürgermeisterin Gabriele Warminski - Leitheußner und Bürgermeister Michael Groetsch sowie die zahlreichen, fachkompetenten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mein Dank geht auch an den Gesamtpersonalrat, stellvertretend Frau Gitta Süß-Slania, und an die Personalräte in den Fachbereichen und Dienststellen, die konstruktiv im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit uns zusammenarbeiten. Insbesondere im Change2 – Prozess haben wir die Kompetenz und die vertrauensvolle Zu-

sammenarbeit mit dem GPR erfahren können.

Besonders möchten wir uns bei Peter Schill, dem langjährigen Leiter der Kämmererei, bedanken, der in diesem Jahr zum letzten Mal den Haushalt für die Verwaltung vorbereitet hat. Peter Schill ist uns jahrelang als exzellenter Fachmann und ehrlicher Gesprächspartner immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Auch von vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wissen wir dies.

Ich bedanke mich bei allen, die uns in Vorgesprächen mit ihrer Fachkompetenz beraten haben – innerhalb wie außerhalb der Verwaltung, freie Träger wie Kirchen. Ich bedanke mich für die kritische Reflexion durch unsere Partei im Rahmen eines Arbeitsfreitags und für die zahlreichen Anregungen aus der Bevölkerung.

Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Medien für die konstruktiv-informative Berichterstattung.

Auch geht mein Dank an die Fraktionsgeschäftsstelle, die in den letzten Tagen mit Ruhe und Gelassenheit zur Etatrede beigetragen hat. Schließlich bedanke ich mich insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen bereits im Voraus für konstruktive Etatberatungen.



www.in-mannheim-spd.de